

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Dieses Buch wurde genau ein Jahr nach dem Ausbruch der sozialen Rebellion vom 15. Mai 2011 in Spanien verfasst. Seither haben sich die dort untersuchten Ereignisse im Zuge der sich ständig verschärfenden Krise weiter entwickelt. Der Zyklus der Kämpfe, der mit dem arabischen Frühling begann, ging weiter, wenn auch in einem ungleichen und unregelmäßigen Rhythmus, und zeigte die Entschlossenheit der Völker, gegen die Politik der strukturellen Sparmaßnahmen und den neoliberalen Kapitalismus Front zu machen. Wir weisen in dem Buch darauf hin, dass man sich hüten sollte, vereinfachende Interpretationen der Mobilisierungen in verschiedenen Ländern vorzunehmen und sie als voneinander geklont zu verstehen. Es sind spezifische Kämpfe, die unterschiedlichen nationalen Kontexten entsprechen, auch wenn sie sich wechselseitig beeinflussen und in die gleiche, 2011 einsetzende internationale Dynamik einreihen.

Der Höhepunkt der Occupy-Bewegung in den Vereinigten Staaten ist zwar bereits vorüber, schuf jedoch für die nordamerikanische Linke einen neuen Kontext und veränderte das politische und ideologische Umfeld des Landes. Im Nachbarland, Kanada, brach Ende 2012 die von den indigenen Völkern getragene Protestbewegung *Idle no more* aus, die sich gegen die C-45 Gesetze der Regierung Harper richtete, mit denen den Bergbau- und Erdölgesellschaften der Zugang zu neuen Gebieten erleichtert wird, ohne deren hohen Stellenwert im Hinblick auf Umwelt und Kultur zu berücksichtigen.

Die Winde der Proteste haben in der Zwischenzeit die Küsten von neuen Ländern erreicht. Am 28. Mai brach in Istanbul die große soziale Rebellion gegen die Zerstörung des Gezi-Parks durch den Bau eines Einkaufszentrums aus. Der Ausbruch von Wut in der Bevölkerung in verschiedenen Städten zeigte, dass über den konkreten Anlass hinaus eine bis dahin verborgene starke Unzufriedenheit mit der zunehmend autoritären Regierung von Erdogan und seiner Politik existiert, die Islamisierung der Gesellschaft und ökonomischen Neoliberalismus miteinander verbindet.

Kurz danach hat im Juni die Erhebung der Bevölkerung in Brasilien gegen die Preiserhöhung des Nahverkehrs einen Wendepunkt in der politischen und sozialen Geschichte des Landes bezeichnet, es gab die massivsten Demonstrationen der letzten dreißig Jahre. Die »Juni-Tage«, wie sie von einigen genannt worden sind, brachten über den Protest gegen die Verkehrstarife hinaus das tiefe Unbehagen der Jugend und eines beträchtlichen Teils der brasilianischen Gesellschaft gegen die starke gesellschaftliche Ungleichheit, das Fehlen von sozialen Diensten

und die allgemeine Korruption zum Ausdruck; diese Korruption ist das Ergebnis von jahrelanger neoliberaler Politik und einem Entwicklungsmodell, dessen zugespitzter Ausdruck die pharaonenhaften Investitionen für den Confederations Cup 2013, die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016 sind.

In der Europäischen Union hat sich die explosive politisch-soziale Situation der Mittelmeerländer an der Peripherie in dem Maße weiter verschärft, wie die Strukturanpassungsmaßnahmen spürbarer wurden und sich die alltäglichen Lebensbedingungen für Millionen von Menschen ständig verschlechterten. Die wirtschaftliche Situation in der gesamten Europäischen Union ist weiterhin von der Krise beeinflusst, was die Vorhersage eines minimalen Wachstums von 0,2 % für das Jahr 2013 innerhalb der Europäischen Union vonseiten des Internationalen Währungsfonds beweist. Obwohl die kritischen Momente im Sommer 2012, als der Kurs Spaniens abstürzte, vorüber sind, bestehen die Spannungen in der Eurozone weiter, und die Unfähigkeit der europäischen Regierungen und Machtzentren, die Situation zu stabilisieren, ist sattsam bekannt. Ein Beweis hierfür ist die Bankenkrise vom Frühjahr 2013 in Zypern gewesen, die von der Eurogruppe mit ausgeprägtem Improvisieren angegangen wurde, mit dem Ziel, die gesamte zypriotische Bevölkerung wie in benachbarten Ländern die Kosten der Krise tragen zu lassen.

Auf die 2011 in Gang gesetzte Welle folgte in der jüngeren Zeit der Ausbruch starker sozialer Bewegungen in weiteren Ländern an der europäischen Peripherie, wo sich die Wirtschaftskrise nach und nach in eine politische Krise verwandelt hat. In Slowenien kam es im November 2012 unter starker Beteiligung der Jugend zu einer großen Mobilisierung gegen die Korruption, die politische Klasse und die Sparpolitik. Anfangs beschränkte sie sich auf eine Industriestadt im Nordwesten des Landes, Maribor, danach weitete sie sich auf das ganze Gebiet aus; dabei ging es zunächst um Beschwerden über lokale Angelegenheiten, später um eine allgemeine Kritik an der politischen Klasse und den sozialen Einschnitten, schließlich wurde sie zur ersten großen Welle sozialer Kämpfe seit der Unabhängigkeit des Landes 1991. Nach einer vorausgegangenen Protestwoche gegen die Erhöhung der Strompreise um 13 % erlebte auch Bulgarien eine bedeutende Mobilisierung, die im Februar 2013 zum Sturz des Premierministers Boiko Borisov führte.

In Portugal, einem Land, wo die sozialen Kämpfe im Vergleich zum Spanischen Staat und Griechenland und im Kontrast zum Umfang der strukturellen Anpassungsmaßnahmen weniger heftig waren, änderte sich die Situation ab September 2012. Am 15. dieses Monats fand eine historische Mobilisierung gegen die Sparpolitik statt, einige Monate danach entstand die Bewegung »Que se lixe a troika«,

die den Anstoß zur großen Demonstration vom 2. März gab, der größten in der jüngeren Geschichte des Landes.

In Griechenland hat sich die Hegemoniekrise ständig vertieft und zum Auseinanderbrechen des traditionellen Parteiensystems geführt. Obwohl die Regierung Samaras im Parlament über die Mehrheit verfügt, handelt es sich um eine schwache Regierung mit geringer sozialer Legitimierung. Die sichtbare Spaltung in der griechischen Gesellschaft, die durch die Anwendung der Strukturanpassungspolitik hervorgerufen wird, weitet sich täglich aus und wird kurzfristig nicht zu beheben sein. Die Gründe für die soziale und politische Krise bleiben bestehen und nehmen zu. Nach intensiven Sparmaßnahmen leben große Teile der Bevölkerung am Rand des Existenzminimums, und die traditionellen Mechanismen der von der Familie gewährleisteten Solidarität unter den Generationen werden überstrapaziert. Der soziale Abbau ist greifbar, aber das griechische Volk ist nicht besiegt und hat nicht aufgegeben. Es ist überzeugt, dass der Sieg machbar ist und dass der große Bulldozer des Memorandums in gewisser Weise einen Riesen auf tönernen Füßen darstellt, einen Gegner, der zugleich äußerst mächtig und schwach ist. Die Erschöpfung ist jedoch nach Jahren zähen Widerstands offenkundig und die Verzweigung in bedeutenden Sektoren der Gesellschaft unübersehbar.

Die griechische Krise gewann in der Zeit von Mai bis Juni 2012 mit dem Aufstieg von Syriza bei den Wahlen eine neue Dimension, der die bisher in Europa noch nicht dagewesene Möglichkeit des Wahlsieges einer gegen die Sparpolitik gerichteten Kraft aufzeigte. Eine eventuelle Regierung von Syriza, eine pluralistische Koalition, in der verschiedene Richtungen nebeneinander existieren, wäre Widersprüchen und brutalem Druck ausgesetzt, und ihre Reaktion und ihre Fähigkeit zum Widerstand wären unberechenbar. Sie würde ein neues Szenario voller Möglichkeiten, aber mit ungewissem Ausgang schaffen und hätte einen langen mühevollen Weg zu bewältigen. In diesem Fall wäre die Stärkung der sozialen Selbstorganisation und kämpferischer Gewerkschaften eine Variable von fundamentaler Bedeutung. Eine konsistente Logik des Bruchs mit der Politik der Strukturanpassungsmaßnahmen kann nicht in Angriff genommen werden ohne eine Gesellschaft, die bereits mobilisiert und organisiert ist. Griechenland zeigt die dunkelste Seite der Krise und die zu erwartenden hohen sozialen und menschlichen Kosten. Aber anders betrachtet eröffnet Griechenland in Europa – trotz der zunehmenden Tendenz von Syriza, seine programmatischen Positionen abzuschwächen – zum ersten Mal in den letzten Jahrzehnten die noch undefinierte Möglichkeit eines Bruchs mit einer Gegenwart, die immer unerträglicher wird.

Zweieinhalb Jahre nach der großen Rebellion vom 15. Mai 2011 im Spanischen Staat sind die sozialen Kämpfe auf Schwierigkeiten gestoßen, und die Sparpo-

litiken sind härter geworden, gleichzeitig verliert die politische Macht immer mehr an Legitimation. Zunehmend hat die Dynamik einer »Regimekrise« Platz gegriffen, bei der die Abnutzung der staatlichen Institutionen und der beiden großen Parteien wegen ihrer bankenfreundlichen Handlungsweise mit einer Krise des Staatsmodells und dem Aufstieg der Autonomiebewegung in Katalonien und dem Baskenland zusammen trifft. In dem Maße wie der soziale Widerstand auf Schwierigkeiten stößt und sich die politische und soziale Krise verschärft, ist innerhalb der sozialen Bewegungen eine Debatte über die Notwendigkeit entstanden, eine Art von politischem Instrument zu schaffen, auch wenn es sich dabei um erste, noch verworrene Ansätze handelt. Angesichts der Virulenz der Angriffe auf die Lebensbedingungen von Seiten der Macht und des Verlusts an Legitimation, den diese Angriffe mit ihren tiefgreifenden Folgen bei Parteien und Institutionen auslösen, kann man der »politischen Frage«, selbst wenn sie noch diffus formuliert wird, nicht länger ausweichen.

Die Verschärfung der politischen Folgen der Krise in Griechenland, Portugal und im Spanischen Staat, der Untergang des traditionellen Parteiensystems, soziale Unruhen und Probleme der »Regierbarkeit« führen in Ländern, in denen die »demokratische« Tradition bei den politischen und Unternehmereliten sehr oberflächlich und historisch wenig verankert ist, zu einer Verschlechterung der politischen Situation. Die Repression von Seiten der Polizei wird zunehmen, zu erwarten sind die Verhärtung der Gesetze und wiederholte Verstöße der Machthabenden gegen ihre eigene Legalität und die Spielregeln, je nach Bedarf, im Rahmen einer wachsenden autoritären Entwicklung im politischen und gesellschaftlichen Leben; hinzu kommt das Erstarken oder ein Durchbruch der extremen Rechten. Die Hinwendung zu autoritären Lösungen, die viele verschiedene Formen annehmen können, wird für die herrschende Klasse immer mehr zu einer realistischen Hypothese, in dem Maße wie sich die Krise der Legitimation verschärft und die Mechanismen traditioneller Herrschaft auflösen.

In der arabischen Welt setzt sich die Welle fort, die mit der tunesischen Revolution schockartig begonnen hat. In Tunesien und Ägypten geht der Streit weiter zwischen denen, die die Revolution für beendet erklären, und anderen, die sie bis zum Ende durchfechten wollen. Die Mobilisierung vom Dezember 2012 in Ägypten, die sich gegen Mursis Versuche richtete, dem Präsidenten größere Macht zu verleihen, und die Rebellion der Bevölkerung vom Juni und Juli 2013, die zum Zeitpunkt des Staatsstreichs der Armee den Höhepunkt erreichte, sowie die Zermürbung der regierenden Partei Ennahda in Tunesien nach den Protesten wegen der Ermordung von Chokri Belaid im Februar 2013, zeigen die Schwierigkeit der Islamisten an der Macht, auf dem Gebiet der Moral und der Kultur ihre konservativen Projekte und auf dem Gebiet der Wirtschaft ihre neoliberalen

Vorstellungen durchzusetzen. In beiden Ländern sind weder die Jugend noch die Linke bereit, passiv zuzusehen, wie man ihre Revolution konfisziert, auch wenn sie nicht die Macht haben, gegen die Agenda der Regierung vorzugehen oder den Kurs des Geschehens zu prägen. Die Rebellion gegen Mursi zeigt die feste Entschlossenheit des ägyptischen Volks, an den Bestrebungen nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit festzuhalten, die im Februar 2011 zum Sturz von Mubarak geführt hatten. Doch belegt der Ausgang dieser intensiven Mobilisierung mit der Übernahme der Kontrolle durch die Armee mittels des Staatsstreichs auch die enormen Schwächen des revolutionären Prozesses. Insbesondere unterstreicht er das Fehlen eines politischen Pols für soziale Gerechtigkeit und die Vertiefung der Revolution. Die komplizierte Situation, die nach der Eskalation der Repression im Gefolge des Militärputsches entstanden ist, zeichnet ein ausgesprochen düsteres Panorama vor, bei dem die Gefahren für den revolutionären Prozess exponentiell ansteigen.

In Syrien tobt die erbitterte Schlacht der Rebellion und erfasst die gesamte Region. Die Kosten der Revolution in der Bevölkerung nehmen täglich zu – mehr als eine Million Flüchtlinge im Ausland und zwei Millionen Vertriebene im Innern des Landes. Das Regime von Bashar al-Assad kontrolliert noch die wichtigsten städtischen Zentren und verfolgt eine Strategie, bis zum Ende erbitterten Widerstand zu leisten; während sich die Lage immer weiter verschlechtert, gewinnen die Salafisten mit Unterstützung von Saudi-Arabien und Qatar, die das Ziel verfolgen, die Revolution in einen fanatischen Religionskrieg zu verwandeln, an Einfluss, auch wenn sie ihr Ziel noch nicht vollständig erreicht haben.

So betrachtet hat sich im Zyklus, der mit dem arabischen Frühling begann, im Verlauf der Ereignisse des letzten Jahres eine Schwäche gezeigt, auf die wir in diesem Buch bereits hingewiesen haben, als die spanische Originalausgabe veröffentlicht wurde: die Schwierigkeit, eine effektive internationale Koordinierung der neu entstandenen Bewegungen zu erreichen, die – abgesehen vom 15. Oktober 2011 – auf diesem Gebiet große Schwächen zeigten. Trotz Initiativen wie den Blockupy-Protesten in Frankfurt im Mai 2012 war die neue Bewegung nicht in der Lage, internationale Strukturen oder Rahmenbedingungen für eine solide Arbeit zu schaffen; auch gelang es nicht, eine Dynamik der internationalen Koordinierung in Gang zu setzen, die über globale Treffen mit symbolischen Aktionen wie den Aktionstag der 130 gegen die Bezahlung der Schulden hinausging. Diese Herausforderung wird für die Zukunft der heutigen Widerstandsbewegungen, die sich gegen die Versuche des Finanzkapitals richten, die gesamte Gesellschaft zu unterdrücken, entscheidend sein.

Die Empörung, die die Welt durchläuft, ist keine vorübergehende Erscheinung, und die Empörung auf dem Planeten wird weiter anhalten.

»Uns bleibt die unzerstörbare Kraft der Empörung, die das genaue Gegenteil der Gewohnheit und der Resignation darstellt. Wenn man den Gerechten die Gerechtigkeit verweigert, bleibt nur die Würde der Empörung und die bedingungslose Ablehnung der Ungerechtigkeit.

Die Empörung ist ein Anfang. Eine Form sich zu erheben und sich in Bewegung zu setzen. Man empört sich, erhebt sich, und dann sieht man weiter.

Man empört sich leidenschaftlich, noch bevor man die Ursachen dieser Leidenschaft erkannt hat.«

Daniel Bensaïd

Les irréductibles. Théorèmes de la résistance à l'air du temps (2001)